

Antrag 25/II/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Ausbildungsjahre sind keine Herrenjahre war gestern**

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD-Mitglieder der
- 2 Bundesregierung werden aufgefordert:
- 3 • Die SPD- Bundesfraktion sowie die SPD-Mitglieder
- 4 der Bundesregierung werden aufgefordert mög-
- 5 lichst schnell die Ausbildungsumlage umzusetzen:
- 6 Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze anbie-
- 7 ten, obwohl sie ökonomisch dazu in der Lage wä-
- 8 ren, sollen verpflichtend eine Ausbildungsumlage
- 9 zu leisten. Die Einnahmen daraus sind zweckgebun-
- 10 den für die Förderung und Finanzierung von Ausbil-
- 11 dungsplätzen einzusetzen.
- 12 • Zugang für Geflüchtete erleichtern: Der Weg in die
- 13 Ausbildung ist für Geflüchtete zu erleichtern – u.
- 14 a. durch eine unbeschränkte Ausbildungserlaubnis,
- 15 rechtliche Sicherheit über die gesamte Dauer der
- 16 Ausbildung hinweg sowie durch gezielte Förderpro-
- 17 gramme. So werden Hürden abgebaut und zusätz-
- 18 liche Fachkräftepotenziale für die Gesellschaft er-
- 19 schlossen.

Begründung

22 Ausbildungen sind die Grundlage einer gerechten Arbeits-

23 gesellschaft und die Eintrittskarte junger Menschen in ein

24 selbstbestimmtes Berufsleben. Doch noch immer gilt für

25 Auszubildende nicht das, was für alle anderen Beschäf-

26 tigten selbstverständlich ist: der Anspruch auf den ge-

27 setzlichen Mindestlohn. Stattdessen werden sie im Rah-

28 men des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) von den Schutz-

29 mechanismen des Mindestlohngesetzes (MiLoG) ausge-

30 nommen. Viele werden dadurch trotz Vollzeittätigkeit in

31 Armut gedrängt oder brechen ihre Ausbildung ab. Beson-

32 ders betroffen sind Jugendliche aus einkommensschwachen Familien: Für viele von ihnen ist eine Ausbildung der

33 einzige realistische Bildungsweg, während zugleich familiäre Rücklagen fehlen, um niedrige Vergütungen abzufedern. Damit werden gerade diejenigen doppelt benachteiligt, die ohnehin in prekären Verhältnissen leben.

34 Das Mindestlohngesetz (§ 22 Abs. 3 MiLoG) schließt Aus-

35 zubildende ausdrücklich vom Anspruch auf den Mindest-

36 lohn aus. Für sie gilt § 17 BBiG, das lediglich eine „an-

37 gemessene Vergütung“ vorsieht. In der Praxis bedeutet das: Im Jahr 2025 beträgt die Mindestausbildungsvergütung im ersten Lehrjahr 649 Euro brutto, im dritten Lehr-

38 jahr häufig weniger als 900 Euro. Laut Bundesinstitut für

39 Berufsbildung lag die durchschnittliche Vergütung 2023

40 zwar bei 1.066 Euro, im Handwerk jedoch nur bei 744 Eu-

41 ro. Im Friseurhandwerk oder in der Bäckerei liegt sie noch

42

43

44

45

46

47

48 darunter. Gleichzeitig kostet ein WG-Zimmer in Berlin im
49 Schnitt 550– 600 Euro – nach Abzug der Miete bleibt
50 kaum Geld für Lebensunterhalt, Fahrkarten oder Lernmit-
51 tel.

52 Viele Auszubildende leisten eine 40-Stunden-Woche, teils
53 mit Schicht- und Wochenenddiensten. Trotzdem liegt ihre
54 Vergütung oft unterhalb des Existenzminimums. Um ih-
55 ren Lebensunterhalt zu sichern, sind sie gezwungen, ne-
56 ben der Ausbildung zu jobben – eine Doppelbelastung,
57 die zu Überforderung, gesundheitlichen Problemen und
58 nicht selten zum Abbruch führt. Rund ein Viertel aller Aus-
59 bildungsverhältnisse wird vorzeitig beendet, in Branchen
60 wie Gastronomie oder Hotellerie liegt die Quote bei über
61 30 %.

62 Die Folgen sind gravierend: Fachkräfte fehlen, Ausbil-
63 dungsplätze bleiben unbesetzt, gerade im Handwerk ver-
64 schärft sich der Nachwuchsmangel. Dass ausgerechnet in
65 den Berufen, die für Infrastruktur und ökologischen Um-
66 bau unverzichtbar sind, die Vergütung nicht reicht, macht
67 diesen Widerspruch besonders deutlich. Wer eine Aus-
68 bildung beginnt, muss diese sprichwörtlich „finanzieren
69 können“ – Ausbildung wird so zur Armutsfalle.

70 Damit wird nicht nur Arbeitskraft ausgebeutet, sondern
71 auch die gesellschaftliche Rolle von Auszubildenden ent-
72 wertet. Ohne sie gäbe es weder Straßen, auf denen wir
73 fahren, noch Gebäude, in denen wir leben, noch die Ver-
74 sorgung, auf die wir alle angewiesen sind. Ihre Arbeit ist
75 unverzichtbar und verdient Anerkennung – mindestens in
76 Höhe des gesetzlichen Mindestlohns.

77 Der Ausschluss vom Mindestlohn ist ein überholtes Relikt
78 und widerspricht dem sozialpolitischen Grundgedanken,
79 allen Beschäftigten ein Leben oberhalb der Armutsgrenze
80 zu ermöglichen. Er untergräbt das Vertrauen junger Men-
81 schen in die Fairness unseres Systems und schwächt die
82 Glaubwürdigkeit einer SPD, die für „Gute Arbeit“ steht.
83 Wer Ausbildungsberufe stärken und Fachkräftemangel
84 wirksam bekämpfen will, muss daher endlich für faire Ver-
85 gütung sorgen. Mindestlohn für Auszubildende ist keine
86 Prämie, sondern eine Frage der arbeitsrechtlichen Fairness
87 und sozialen Gerechtigkeit. Gleichzeitig braucht es Flan-
88 kierung: Förderprogramme für kleinere Betriebe und ei-
89 nen verbindlichen Ausbildungs-Solidarbeitrag von Unter-
90 nehmen, die keine Ausbildungsplätze anbieten.

91